

Juli 2026

Positionspapier

Industriepolitisches Leitbild des BWO

Der Bundesverband Windenergie Offshore (BWO) ist die politische Interessenvertretung der Offshore-Wind-Branche in Deutschland. Er bündelt die fachliche Expertise der Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette, von den Herstellern über die Entwickler und Betreiber bis hin zu den Dienstleistern der Offshore-Windenergie. Für Politik und Behörden auf Bundes- und Landesebene ist der BWO zentraler Ansprechpartner zu allen Fragen der Windenergie auf See.

Der BWO ist im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung sowie im europäischen Transparenzregister für die Interessenvertretung gegenüber den EU-Institutionen eingetragen. Bei der Interessenvertretung legt er den anerkannten Verhaltenscodex nach § 5 Absatz 3 Satz 1 LobbyRG, dem Verhaltenscodex nach dem Register der Interessenvertreter (europa.eu), im Sinne einer professionellen und transparenten Tätigkeit zugrunde. Registereintrag national: R000252. Registereintrag europäisch: 296004739705-29

Executive Summary

Der Offshore-Wind-Ausbau ist ein europäisches Wertschöpfungs-, Energie- und Resilienzprojekt, das klimafreundlichen Strom, industrielle Beschäftigung und Versorgungssicherheit verbindet. Wichtigstes Ziel ist daher der zügige und verlässliche Ausbau der Offshore-Windenergie. Faire, offene Märkte, stabile globale Lieferketten, verlässliche Ausbaupfade und klare, langfristige Rahmenbedingungen stärken dabei die industrielle Basis, erleichtern Investitionsentscheidungen und fördern Innovationen. Das steigert die industrielle Leistungsfähigkeit in Deutschland und Europa – und eröffnet zusätzliche Chancen im internationalen Wettbewerb und Export.

Der Ausbau der Offshore Windenergie ist und wird mittel- bis langfristig auf funktionierende globale Lieferketten angewiesen sein. Unser Ziel ist es, die Widerstandsfähigkeit der europäischen Energieversorgung und Industrie gegenüber geopolitischen, wirtschaftlichen und sonstigen Einflüssen nachhaltig zu stärken. Lieferketten, in denen bereits heute eine breite Diversifizierung besteht und keine kritischen Abhängigkeiten vorliegen, sollten weiter ausgebaut und gefestigt werden. Bestehende strategische Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern oder Staaten sind hingegen schrittweise zu verringern.

Der Aufbau von Resilienz setzt vor allem faire Wettbewerbsbedingungen voraus. Vor dem Hintergrund global unterschiedlicher Rahmenbedingungen, Subventionen und auch geopolitischer Spannungen betont der BWO daher die Notwendigkeit von Regeln, die ein Level Playing Field der Akteure sowie den sicheren Betrieb der Offshore-Windenergieparks ermöglichen. Bestehende Handelsschutzinstrumente sollten konsequent, transparent und offshore-spezifisch angewendet werden, um einerseits europäische Hersteller mit rechtsstaatlichen Mitteln vor unfairen Praktiken und staatlichen Subventionen aus Drittstaaten zu schützen und andererseits einen fairen globalen Wettbewerb zuzulassen.

Zudem müssen geopolitische und andere nicht-technische Risiken stärker in die Bewertung von Lieferketten einbezogen werden. Für kritische Energieinfrastruktur müssen Sicherheits- und Resilienzanforderungen gelten. Hier sind praktikable, rechtssichere und bürokratiearme Marktzugangsregelungen entscheidend. Unternehmen müssen verlässlich wissen, welche Verfahrensschritte - wie Anhörungs- und Begründungsmöglichkeiten - vorgesehen und welche Nachweise und Abhilfemaßnahmen erforderlich sind, um Risiken zu mitigieren. Auf diese Weise kann ein rechtssicherer Marktzugang für vertrauenswürdige Partner aus Drittstaaten ermöglicht werden. Wo Lieferanten nachweisen können, dass wirksame technische, organisatorische, rechtliche und Governance-bezogene Maßnahmen getroffen wurden, um nicht-technische Risiken zu beseitigen und unzulässige Drittstaateneinflüsse auszuschließen, darf es nicht zu pauschalen Ausschlüssen aufgrund des Herkunftslands kommen.

Neben offenen Märkten bedarf es erheblicher Investitionen in die Lieferkette – auch in Europa. Resilienz, europäische Wertschöpfung und Sicherheit entstehen nur, wenn Offshore-Wind-Projekte tatsächlich finanziert, genehmigt, gebaut und betrieben werden können.

Zielbild

Die Offshore-Wind-Branche ist ein zentraler Baustein für Europas Energieversorgung, industrielle Wettbewerbsfähigkeit und sicherheitspolitische Resilienz. Sie liefert klima- und umweltfreundlichen Strom, schafft Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland und Europa und bildet eine industrielle Grundlage für Elektrifizierung, Wasserstoffwirtschaft, maritime Infrastruktur und moderne Energienetze.

Die vergangenen Jahre haben Europas energiepolitische Verwundbarkeit deutlich gemacht. Geopolitische Konflikte und fossile Preis- und Lieferschocks, verstärkt durch strukturelle Importabhängigkeiten, haben die Grenzen des bestehenden Energiesystems offengelegt. Offshore-Windenergie ist eine direkte Antwort darauf: Als regionale, skalierbare und langfristig planbare Energiequelle kann sie zu einer zentralen Säule eines resilienten europäischen Energiesystems werden und dazu beitragen, den Bedarf an Energieimporten zu verringern. Während heute noch 70 Prozent der deutschen Primärenergie aus dem Ausland stammen, könnte dieser Anteil bis 2050 [auf 27 Prozent sinken](#) – maßgeblich durch den Ausbau heimischer erneuerbarer Energien.

Die Größenordnung des angestrebten Ausbaus ist erheblich: Bereits bei einer Offshore-Wind-Leistung von 303 GW – und damit etwa auf Höhe der von der Europäischen Kommission formulierten Zielmarke von 300 GW – könnte Offshore-Windenergie [im Jahr 2050 rund 1.008 TWh](#) und damit gut ein Fünftel des Stroms in der EU-27 erzeugen. Gegenüber dem heutigen Stand von [rund 21,5 GW](#) installierter Leistung entspräche dies einem Ausbau etwa um den Faktor 14.

Der BWO setzt sich dafür ein, die gesetzlich festgelegten Ausbauziele der Offshore-Windenergie mit starker europäischer Wertschöpfung und Beschäftigung, verlässlichen Investitionsbedingungen, resilienten und diversifizierten Lieferketten und einem hohen Sicherheitsniveau zu verbinden. Maßstab erfolgreicher Industriepolitik ist nicht allein die installierte Leistung, sondern auch der tatsächliche Beitrag der Projekte zu Energieerzeugung, Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und regionaler Wertschöpfung.

Offshore-Windausbau als Wertschöpfungsprojekt

Offshore-Windausbau ist ein gesamtdeutsches und europäisches Wertschöpfungsprojekt. Allein in Deutschland beschäftigt die Branche rund 49.000 Menschen, erwirtschaftet einen Umsatz von 14,6 Mrd. EUR und verbindet dabei zahlreiche Industrien und Dienstleistungen – von der Stahlindustrie über Maschinenbau, Elektrotechnik und Schiffbau bis hin zu Häfen, Logistik, Finanzierung.¹ Dies gilt sowohl für die Entwicklung und Errichtung als auch für den Betrieb und die Wartung bestehender Offshore-Windparks. Industriepolitische Entscheidungen für Offshore-Windenergie betreffen damit Energie-, Standort-, Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik ebenso wie die maritime Wirtschaft und industrielle Arbeitsplätze.

Die Offshore-Wind-Branche braucht dafür einen stabilen und investitionsfähigen Rahmen. Ausschreibungen, Flächenplanung, Netzanbindung, Hafeninfrastruktur, Fachkräfteentwicklung und Sicherheitsanforderungen müssen so ausgestaltet werden, dass Projekte verlässlich realisiert und industrielle Kapazitäten ausgebaut werden können. Ein modernes Auktionsdesign muss Risiken fair verteilen, Kapitalkosten senken und Wettbewerb, Akteursvielfalt und Kosteneffizienz sichern.

¹ wind:research (Juni 2026): [Wertschöpfung der Offshore-Windenergie in Deutschland](#).

Verantwortung von Staat, Lieferanten und Betreibern

Für kritische Energieinfrastruktur unterstützt der BWO einen risikobasierten Ansatz mit klarer Verantwortungsteilung. Der Staat bewertet, ob Drittstaaten- oder Kontrollrisiken sicherheitspolitisch relevant sind. Lieferanten weisen Eigentümer- und Kontrollstrukturen, Governance, Compliance, Sicherheitsarchitektur sowie Vorkehrungen gegen unzulässige Drittstaateneinflüsse nach. Betreiber gewährleisten im Rahmen ihrer Verantwortung die sichere Integration der Systeme, Zugriffskontrolle, Monitoring und den sicheren Betrieb der Offshore-Anlagen. Die Kriterien zum Nachweis gegen unzulässige Drittstaateneinflüsse sollten objektiv nachvollziehbar, abschließend definiert und verhältnismäßig sein, um einen Ausschluss allein aufgrund des Herkunftslands zu vermeiden.

Wenn Akteure bestehenden Risiken nicht durch geeignete Vorkehrungen angemessen begegnen, müssen im äußersten Fall auch Maßnahmen bis hin zu einem Marktausschluss möglich sein. Weisen sie hingegen wirksame Abhilfemaßnahmen nach, sollte ihnen der Marktzugang offenstehen. Dieser risiko- und nachweisbasierte Ansatz verbindet Sicherheit, Rechtsklarheit und Investitionsfähigkeit.

Kosteneffizienz durch verlässliche Rahmenbedingungen

Kosteneffizienz muss als Systemeffizienz verstanden werden. Offshore-Wind-Projekte werden günstiger, wenn Flächen hohe Volllaststunden ermöglichen, Netzanbindungen rechtzeitig verfügbar sind, Genehmigungs- und Realisierungsrisiken sinken, Unternehmen entlang der Lieferketten planbar investieren können, Sicherheitsanforderungen frühzeitig geklärt sind und Finanzierungskosten begrenzt werden. Gescheiterte Auktionen, Kapazitätsengpässe in Häfen und Lieferketten, verspätete Netzanschlüsse und regulatorische Fragmentierung können zu Projektverzögerungen führen und den Ausbau erheblich verteuern. Eine belastbare Industriepolitik muss deshalb Risiken reduzieren, Investitionen ermöglichen und die Umsetzung der Projekte absichern. Damit dies gelingt und der Auf- und Ausbau resilienter Kapazitäten eine industriepolitische Chance für Deutschland und Europa ist, braucht es verlässliche Investitionsbedingungen und die Bereitstellung gezielter Finanzierungsinstrumente.

Industriepolitische Leitplanken: Resilienz stärken, Projektrealisierung sichern

1. Projektrealisierung als Maßstab

Projektrealisierung ist der zentrale Maßstab industriepolitischer Vorgaben. Der Bund muss dafür ein investitionsfähiges Markt- und Auktionsdesign schaffen, das europäische Wertschöpfung, Beschäftigung, Resilienz und Sicherheit wirksam stärkt.

2. Offene Märkte innerhalb eines Sicherheitsrahmens

Der BWO steht für offene, regelbasierte und faire Märkte. Für kritische Energieinfrastruktur sollte der Marktzugang jedoch an Sicherheits-, Resilienz- und Fairnessanforderungen gebunden werden. Diese Anforderungen müssen so ausgestaltet sein, dass sie Wettbewerb ermöglichen und zugleich Resilienz entlang der Lieferkette stärken. Lokale Fertigungsinvestitionen und zusätzliche europäische Produktionskapazitäten – auch durch internationale Hersteller – können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

3. Europäisches Level Playing Field durchsetzen

Die EU muss sicherstellen, dass Wettbewerb unter fairen Bedingungen stattfindet. Das bedeutet: konsequente Nutzung der EU-Handelsschutzinstrumente gegenüber Anbietern, die von strukturellen Wettbewerbsverzerrungen profitieren. Maßnahmen, die auf den Schutz einzelner Branchen, wie der Stahlindustrie abzielen, sollten umfassend umgesetzt und weiterentwickelt werden, einschließlich einer wirksamen

Abdeckung der gesamten Offshore-Wertschöpfungskette, von Vorprodukten bis hin zu Schlüsselkomponenten wie Monopiles.²

4. Qualitative Kriterien in Ausschreibungen pragmatisch umsetzen

Der BWO unterstützt die Verwendung qualitativer Ausschreibungskriterien, um europäische Wertschöpfung und die Resilienz von Offshore-Wind-Lieferketten zu stärken sowie hohe Standards bei Nachhaltigkeit, Cyber- und Datensicherheit zu fördern. Entscheidend ist eine europaweit harmonisierte, bürokratiearme und projektaugliche Umsetzung.³ Für die Bewertung europäischer Wertschöpfung sollte der tatsächliche Ort der Wertschöpfung maßgeblich sein, gemessen an Investitionen, Beschäftigung und Fertigungstiefe in Europa.

5. Sicherheit anerkennen, Marktzugangsregeln sichern

Sicherheitspolitische Einstufungen müssen dem oben beschriebenen risiko- und nachweisbasierten Ansatz folgen: keine pauschalen Ausschlüsse, sondern pragmatische und rechtssichere Verfahren, in denen Unternehmen wirksame Abhilfemaßnahmen nachweisen können.

6. Europäische Kooperation vorantreiben

Der BWO unterstützt die Ziele des *Joint Offshore Wind Investment Pact for the North Seas*, der eine stabile und koordinierte Ausschreibungspipeline anstrebt – mit dem Ziel, ab 2031 bis 2040 eine Installationskapazität von bis zu 15 GW pro Jahr zu erreichen. Diese Planungssicherheit ist zentral für die europäische Lieferkette, während Kosteneffizienz, Netzintegration und Versorgungssicherheit gesteigert werden.⁴

7. Klare Verantwortungsteilung

Der Staat bewertet sicherheitspolitische Risiken. Lieferanten weisen Governance, Eigentümer- und Kontrollstrukturen, Compliance, Sicherheitsarchitektur und Maßnahmen gegen unzulässige Einflussnahme nach. Betreiber gewährleisten sichere Integration, Zugriffskontrolle, Netzwerksegmentierung, Monitoring und sicheren Betrieb.

8. Systemkosten statt Schein-Kosteneffizienz

Kosteneffizienz sollte nicht nur auf niedrige Gebote reduziert werden, sondern muss den gesamtwirtschaftlichen Nutzen sowie die tatsächlichen Systemkosten über den gesamten Lebenszyklus des Projekts berücksichtigen. Entscheidend sind realisierbare Projekte, hohe Stromerträge, niedrige Kapitalkosten, fristgerechte Netzanbindungen und belastbare Lieferketten. Industriepolitik muss Entwickler, Betreiber, Hersteller, Häfen, Reedereien und Finanzierer zusammendenken – einseitige Kostenverschiebungen innerhalb der Wertschöpfungskette schwächen den Ausbau insgesamt.

9. Industriehochlauf in der Offshore-Lieferkette finanziell absichern

Der Aufbau industrieller Kapazitäten entlang der Offshore-Wind-Lieferkette – von Fundamenten und Türmen über Kabel bis hin zu Konverter- und Zulieferkomponenten – erfordert gezielte Finanzierungsinstrumente. Bund und Länder sollten deshalb einen Investitionsrahmen schaffen, der private Investitionen mobilisiert und strategische Engpässe beseitigt. Dazu gehören zinsgünstige Kredite und Bürgschaften, Investitionszuschüsse für erste kommerzielle Anlagen, Klimaschutzverträge sowie steuerliche Anreize für emissionsarme Produktionsprozesse. Öffentliche Unterstützung sollte befristet, zielgenau und an zusätzliche Investitionen, Beschäftigung, europäische Wertschöpfung und einen klaren Beitrag zur Projektrealisierung geknüpft werden. Gleichzeitig muss der Bund auch auf der Stromabnahmeseite verlässliche Impulse setzen, vor allem durch eine beschleunigte Elektrifizierung der Verbrauchssektoren, um Investitionen abzusichern.

² BWO Positionspapier (Juni 2026): [Handlungsempfehlungen für eine resiliente Stahl-Versorgung der Offshore-Windbranche](#).

³ BWO Positionspapier (Aug. 2025): [Stellschrauben der nationalen Implementierung des Net Zero Industry Act in Deutschland](#).

⁴ Fraunhofer IWES (Juni 2026): [Europäische Offshore-Wind-Kooperation steigert Stromerträge und senkt Kosten deutlich](#).

10. Keine Rückwirkung und verlässliche Übergänge

Neue Anforderungen an Wertschöpfung, Resilienz, Nachhaltigkeit oder Sicherheit dürfen bereits bezuschlagte Projekte nicht nachträglich belasten. Frühere Unsicherheiten – etwa zur Netzfinanzierung und möglichen nachträglichen Belastungen bestehender Offshore-Windparks – haben Vertrauen und Investitionssicherheit beeinträchtigt. Dieser Fehler darf nicht wiederholt werden. Für neue Anforderungen braucht es deshalb klare Fristen, Übergangsregelungen und belastbare Verfahren.

11. Häfen, Netze, Schiffe: Infrastruktur als Voraussetzung

Häfen, Netzanbindung sowie Installations- und Serviceschiffe sind keine Begleitthemen, sondern Voraussetzung für die Umsetzung des Ausbaupfads. Engpässe in diesen Bereichen können Projekte erheblich verzögern. Bund, Länder und Netzbetreiber müssen Infrastrukturinvestitionen koordiniert, frühzeitig und mit ausreichend Planungssicherheit anstoßen. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, frühzeitig klare und verbindliche Zeitpläne für die Netzanschlüsse der OWPs aufzustellen.

12. Fachkräftepotenzial im Offshore-Bereich stärken

Ausreichende Fachkräfte sind Voraussetzung für den gesetzlich festgelegten Ausbaupfad und industrielle Wertschöpfung in Deutschland. Bund und Länder müssen gemeinsam an dieser Aufgabe arbeiten – etwa durch europaweit einheitliche Qualifikationsstandards und den Ausbau überbetrieblicher Ausbildungskapazitäten.⁵

Kontakt

Bundesverband Windenergie Offshore e.V.
Spreeufer 5
10178 Berlin
info@bwo-offshorewind.de

Lobbyregister: R000252

⁵ BWO (Juni 2026): [Fachkräfte-Roadmap für die Offshore-Windenergie](#).